

Damit es aufhört **und Kinder in Zukunft gewaltfrei aufwachsen**

Aktionsplan zur Überwindung sexuellen Kindesmissbrauchs

Sexueller Kindesmissbrauch ist nicht nur individuelles Schicksal, sondern ein andauernder gesellschaftlicher Skandal. Aber sexuelle Gewalt und Missbrauch müssen nicht schicksalhaft hingenommen werden. Als Gesellschaft können wir diese perfide Gewaltform ebenso überwinden, wie wir in der Vergangenheit andere Gewaltformen überwunden haben.

Bisher versagen wir beim Schutz von Kindern und Jugendlichen dreifach:

- Wir tun nicht alles, was möglich ist, um Taten vorzubeugen und Risikofaktoren zu minimieren.
- Wir versagen bei der Versorgung von Opfern und vertiefen und verlängern so ihr Leiden.
- Und wir setzen uns nicht ausreichend mit den tieferen Ursachen sexueller Gewalt auseinander, so dass es nie aufhört.

Die Vereinten Nationen haben die Überwindung von sexueller Gewalt und Missbrauch von Kindern als ein weltweites Ziel (16.2) ausgegeben. Um in Deutschland im kommenden Jahrzehnt einen Rückgang der Fallzahlen zu erreichen und um endlich die Versorgung der Opfer zu verbessern, braucht es eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen sowie die Mitwirkung aller Institutionen, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen.

Mit einem gemeinsamen Aktionsplan können wir es Tätern schwerer machen, ihre Verbrechen zu begehen, wir können Opfer schneller erreichen und besser versorgen. Dazu braucht es auf allen politischen Ebenen sichtbare und stabil finanzierte Strukturen.

Die folgenden Punkte sind essenziell für einen solchen Aktionsplan:

1. *Wer Ziele erreichen will, muss messbar Licht ins Dunkelfeld bringen.*
Wir brauchen eine regelmäßig durchgeführte Dunkelfeldstudie, um belastbare Zahlen ermitteln und im Verlauf zu beurteilen, ob Maßnahmen wirken.
2. *Aufklären und aufarbeiten, was war, um die Ursachen zu verstehen.*
Aufarbeitung ist nicht nur fair, um Opfern späte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Aus der Vergangenheit zu lernen, trägt außerdem entscheidend dazu bei, Prävention zu verbessern.
3. *Opfer besser beraten und versorgen – im Akutfall aber auch bei Nachwirkungen, die betroffene Menschen noch viele Jahre belasten können.*
Wir brauchen flächendeckend Beratungsmöglichkeiten. Fachberatungsstellen müssen bundesweit auf eine verlässliche finanzielle Basis gestellt werden.
4. *Opfer angemessen entschädigen, wenn Institutionen bei ihrem Schutz versagen.*
Einrichtungen, Träger und staatliche Ämter sind aufgerufen, Verantwortung für Versäumnisse der Vergangenheit zu übernehmen. Das gesetzlich soziale Entschädigungsrecht für Opfer von Gewalttaten muss wirklich allen offenstehen und so Betroffenen helfen, ihr Leben zu meistern. Zugleich ist eine Pflicht zur Entschädigung ein starker Anreiz, um sich strukturell um eine Verbesserung des Kinderschutzes zu bemühen.
5. *Flächendeckende und systematische Anstrengungen in der Prävention.*
Zur Prävention gehört auch, dass wir eine Vielzahl von Fachkräften schulen und Wissen über sexuelle Gewalt endlich in allen relevanten Ausbildungsgängen verbindlich verankern.
6. *Wir brauchen Strukturen, die sichtbar den Kampf gegen Kindesmissbrauch verankern und auch dann weitertragen, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit einmal nachlässt.*
Das Amt eines Missbrauchsbeauftragten, das sich um Kinderschutz ebenso wie um die erwachsen gewordenen Opfer kümmert, hat sich bewährt. Jetzt braucht es Entsprechungen auf den Landesebenen. In allen Institutionen, in denen Kinder aufwachsen, betreut, erzogen werden oder Sport treiben, braucht es Schutzkonzepte und Kinderschutzbeauftragte für die Etablierung und Weiterentwicklung solcher Konzepte.

7. Jede und jeder einzelne, wir alle, müssen lernen, mehr und unaufgeregter über sexuelle Gewalt zu reden.

Betroffene, die ihre Expertise einbringen, können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Selbsthilfe und Selbstorganisation von Betroffenen muss gefördert und unterstützt werden.

Alle Einzelmaßnahmen zielen darauf, einen Kulturwandel zu erreichen, damit Kinder ohne Vernachlässigung, Gewalt und Missbrauch aufwachsen. Dabei darf Kinderschutz nicht länger von der Kassenlage der Kommunen abhängen. Länder und der Bund sind gefordert, die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen sicherzustellen.

Um nach der Regierungsbildung einen solchen Aktionsplan mit allen Akteuren umzusetzen, schlage ich eine Nachfolgeeinrichtung zum „Runden Tisch Kindesmissbrauch“ vor, der vor zehn Jahren seinen Abschlussbericht vorlegte. Dabei sollten auch die Ergebnisse des vorangegangenen Runden Tisches Heimerziehung sowie der zahlreichen Betroffeneninitiativen einbezogen werden.

Matthias Katsch

Sprecher der Betroffeneninitiative Eckiger Tisch

SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis 284 Offenburg

Kontakt: buero@matthias-katsch.de, Mobil: 0178/16748338